

# Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen

Erscheint werktags nachmittags mit dem Datum des folgenden Tages.  
Bezugspreis: Unmittelbar oder durch die Postanstalten 5 M. monatlich, Einzelne Nummern 20 Pf.  
Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21295, Schreibleitung Nr. 14574.  
Postkassentel. Dresden Nr. 2486.



Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum im Ankündigungsteil 2 M., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teil 4 M., unter Einverständnis 5 M. — Ermäßigung auf Geschäftsanzeigen.  
Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Synodal-Beilage, Ziehungslisten der Verwaltung der Staatsfinanzen und der Landes-Kulturkassen, Jahresbericht und Rechnungsabstufung der Landes-Brandversicherungsanstalt, Verkaufsliste von Holzplanzen auf den Staatsforstrevieren.

Beauftragt mit der Oberleitung (und präseseligen Vertretung für den schriftstellerischen Teil): Regierungsrat Doenges in Dresden.

Nr. 33

Donnerstag, 10. Februar

1921

## Internationale Elbekommission.

(N.) Die Internationale Elbekommission hat am 7. Februar 1921 ihre diesmalige Tagung beendet. Die Kommission hat in 12 Sitzungen in erster Lesung einen Gesetzentwurf der Elbeschiffahrt festschrieben, der nunmehr allen interessierten Regierungen zur Prüfung zugehen wird. In einer Reihe von Fragen ist zwischen den Vertretern der beteiligten Staaten noch keine völlige Übereinstimmung erzielt worden. Die Verhandlungen sollen daher im Sommer dieses Jahres in einer weiteren Tagung und zwar wiederum in Dresden, fortgesetzt werden.

## Auß der Brandversicherungskammer.

(N.) Die Verwaltungsausschüsse haben in der Sitzung am 20. Januar 1920 beschlossen, alle landwirtschaftlichen Gebäude und diejenigen industriellen und gewerblichen Gebäudearten, die in dem Zeitraum von 1900 bis 1918 weniger Beiträge bezahlt als die Schadenvergütungen erhalten haben, in eine höhere Betriebsabteilung (I bis IX) einzustellen. Nachdem das Ministerium des Innern diese Umgestaltung genehmigt hat, sind die Brandversicherungskammer angewiesen worden, diese Arbeiten sofort in Angriff zu nehmen, die betriebslichen Gebäude als unangemeldet neu anzuführen und in die entsprechende Betriebsabteilung einzuführen.

## Die angeblichen Wachsenchaften einer Königsparlei.

(N.) Die „Nöte Fahn“ hatte am 22. Januar d. J. einen Artikel mit der Überschrift: „Das wahre Gesicht“ gedruckt, der von Wachsenchaften einer angeblichen „Baterländischen Königsparlei“ in Sachsen handelte, und zugleich zum Beweise dafür das Fotogramm eines angeblichen an einen Bezirkshauptmann Lesser, Plauen i. V., Fürstentstraße 48, gerichteten Briefes abgedruckt. Die von der Polizeibehörde in Plauen i. V. darauf sofort eingeleiteten Erörterungen haben ergeben, daß es in Plauen einen Bezirkshauptmann Lesser überhaupt nicht gibt, wohl aber einen Deutnant d. R. und Fabrikanten Lesser, dessen Geschäft sich Fürstentstraße 48 befindet. Lesser ist aus Anlaß des Auftrages in der „Nöte Fahn“ polizeilich vernommen worden und hat glaubhaft versichert, daß er das dort abgedruckte oder ein ähnliches Schriftstück nicht erhalten habe. Er gehörte einer Vaterländischen Königsparlei nicht an und habe nie Auftritte von einer solchen empfangen.

## Keine Regierungskrise in Bayern.

München, 9. Februar. Die offiziellen Mitteilungen über die Ergebnisse der gestrigen, den ganzen Tag andauernden Verhandlungen sind erst heute zu ermitteln. Auf formelle können Gerüchte über eine etwa ausgedrochene Regierungskrise oder über eine Krise innerhalb der bayerischen Koalition demontiert werden. Das Ministerium v. Rahr steht auf dem Standpunkt, daß es vom Vertrauen des Parlaments und des Landes getragen wird und daß seine Stellung in der Entwaffnungsfrage sich nicht verändert habe und auch nicht verändern könne. Die Verhandlungen waren streng vertraulich und es wurde allen beteiligten Parlamentariern und Journalisten an das Betz gelegt, über Einzelheiten Stillschweigen zu bewahren, bevor heute im Laufe des Tages die Formulierung gefunden und veröffentlicht wird. Die Besprechungen der Regierung mit den Parteien hatten von 1/3 bis 1/5 Uhr angehalten. Sämtliche Fraktionen hatten darauf Sitzungen abgehalten, die bis in den späten Abend noch anauert.

## Die Lage in Irland.

London, 9. Februar. Wie aus Cork gemeldet wird, teilen die Militärbehörden die gesamte männliche Bevölkerung zwischen 17 und 60 Jahren in Folge ein, die als Bürgergarden aufzutreten haben, um in den ihnen zugewiesenen Bezirken zu wachen, daß Überfälle auf die Streitkräfte der Krone ausbleiben. Diese Bürgergarden werden für ihren in ihrem Bezirk vorkommenden Angriff verantwortlich gemacht.

## Rundgebung des Prinzen Max von Baden.

### Nicht unterschreiben.

London, 9. Februar. In einer Unterredung mit dem Berliner Vorkorrespondenten der „Daily News“ erklärte Prinz Max von Baden: Die Staatsmänner der Verbündeten wählten wohl, daß die in Paris aufgestellten Forderungen unerschütterlich seien. Namhafte Bedingungen würden Deutschland auferlegt, damit die Sanktionen zur Durchführung gebracht werden könnten. Diese Sanktionen sollten das Ziel der Franzosen betreffen, den Verfall Deutschlands. Durch die Ausföhrung der Sanktionen sollte der Ruin Deutschlands vollzogen werden. Prinz Max sagte weiter, die Regierung Friedrichs-Simonis wird nicht unterschreiben. Wir sind eher bereit, und in die Katastrophe, die der Einmarsch französischer Truppen und die Besetzung des Ruhrgebietes nach sich ziehen wird, zu scheitern, als mit eigener Hand unseren Kindern und Enkeln die Ketten anzulegen, die uns jetzt fesseln.

### Verkauf der deutschen Schiffe.

London, 9. Februar. Es wird bekannt gemacht, daß von den 300 Schiffen, die dem früheren Feinde gehörten, aber auf Grund der Bestimmungen des Friedensvertrages England zugewiesen wurden, jetzt 151 verkauft worden seien. Unter den verkauften Schiffen befanden sich Passagierschiffe von insgesamt 168 497 Bruttotonnen und Frachtschiffe von insgesamt 755 531 Bruttotonnen. Die noch unverkauften Schiffe bestehen aus 332 654 Tonnage Passagierschiffen und 715 132 Bruttotonnen Frachtschiffen.

### Der Kurs fällt.

Woher kommt es — so wird im letzten Heft der „Stode“ gefragt — daß, trotz des gewaltigen Sieges Frankreichs und trotzdem alle Welt weiß, daß Frankreich aus Deutschland auf alle Fälle gewaltige Kapitalsummen bezahlt bekommen wird, der Kurs des französischen Frank gerade seit dem Bekanntwerden der Pariser Friedensbedingungen rapid heruntergegangen ist, und daß er jetzt nicht einmal die Hälfte seines nominalen Wertes beträgt? Weil die Bedingungen des Pariser Friedensvertrages den ganz bestimmten Eindruck hervorgerufen haben, daß man Deutschland dadurch zugrunde richten will. Wenn der Schuldiger seinen Schuldner selbst zum Bankrott treibt, wer wird den Wechsel dieses Schuldners eskompieren? Wenn Frankreich Deutschland unzulässige Forderungen auferlegt, dann sagt man eben Frankreich: „Behaltet eure deutschen Schuldscheine selbst.“ Was nutzt eine Umrechnung der Forderungen in Gold, wenn die wirklichen Summen doch in Banknoten gezahlt werden? Alle Welt weiß es und trägt dem Rechnung. Nur in Frankreich will man es nicht sehen. Man richtet Deutschland zugrunde und ruiniert Frankreich. Wie sollen sich Handel und Industrie entwickeln, wenn man durch die 12 Proz. Ausfuhrabgabe seine Waren in allen Ländern um 12 Proz. verteuert? Wie sollen wir uns dann noch auf dem Weltmarkt halten, wenn wir unsere Rohstoffe teurer bezahlen und einen Zuschlag auf unsere Fabrikate erheben sollen? Zur Gesundung der Weltindustrie ist eine starke Reduktion der umlaufenden Geldmassen notwendig und nicht eine Vermehrung. Frankreich will aber weitere 3000 Milliarden Mark auf den Markt bringen. So viel beträgt die verlangte Entschädigung nach dem gegenwärtigen Kurs. Der Kurs sinkt aber bereits und wird noch mehr sinken. Dann können es 10 000 oder gar 20 000 Milliarden werden oder was weiß ich wieviel. Österreich hat es ja bereits gezeigt, wie tief die Kurse sinken können.

### Kontrolle der italienischen Industrien durch die Arbeiter.

Rom, 8. Februar. Die Regierung hat dem Bureau der Kammer einen Gesetzentwurf über die Kontrolle der Industrien durch die Arbeiter eingereicht. Der Entwurf erläutert die Prozesse der Kontrolle und zählt die Arten der Industrien auf, in denen die Arbeiterkontrolle eingerichtet werden kann, wobei die Staatsbetriebe und die neuen In-

### Völkerbundprotest gegen die Schweiz?

Paris, 9. Februar. Jovas meldet: Der Beschluß der Schweiz, dem internationalen Truppenangebot für die Schweiz den Durchzug nicht zu gestatten, hat die leitenden Kreise des Völkerbundes empfindlich überrascht. Der Völkerbundrat wird erst am 21. Februar zusammentreten. Es ist daher wahrscheinlich, daß das Generalsekretariat im Namen des Rates Widerspruch erheben wird.

### Eine allrussische Konstituante.

DA. Kopenhagen, 9. Februar. Aus Moskau wird gemeldet, daß der Vorsitzende des Obersten Wirtschaftsrates, Rykow, und der Volkskommissar für kulturelle Angelegenheiten, Lunin, sich für die Einberufung einer allrussischen konstituierenden Versammlung unterbreiten haben.

### Die Londoner Konferenz.

Berlin, 9. Februar. Bei der deutschen Regierung ist eine besondere Einladung der englischen Regierung zur Londoner Konferenz eingegangen. Die Einladung wird zusammen mit der deutschen Antwort baldigst veröffentlicht werden.

Paris, 9. Februar. Für die Londoner Konferenz hat nach einer Mitteilung der armenische Nationalrat einen Delegierten ernannt.

buftien auf eine Zeit von vier Jahren ausgeschlossen sein sollen und außerdem diejenigen Betriebe, die weniger als 60 Arbeiter beschäftigen. Der Entwurf enthält ferner Bestimmungen über die Zusammensetzung der Kontrollkommission, über Befugnisse und über Verpflichtung zur Wahrung der Betriebsheimlichkeit sowie über Arbeitervereinstellungen, Entlassungen, Streiks usw.

### Einfuhr deutscher Farben in Palästina.

DA. Berlin, 8. Februar. Das Departement für Handel und Industrie der palästinenischen Regierung hat das bisher bestehende Einfuhrverbot für deutsche Anilinfarben lösen aufgehoben.

### Kuropattin †.

Paris, 9. Februar. Nach einer Meldung des „Matin“ aus London meldet ein Funkpruch aus Moskau den Tod Kuropattins.

### 20 Millionen falsche polnische Tausendmarkscheine.

Frankfurt, 9. Februar. Die Frankfurter Kriminalpolizei entdeckte gemeinsam mit der Wiesbadener und Mainzer Polizei in Wiesbaden eine Fabrik, in der falsche polnische Tausendmarkscheine hergestellt wurden. In der Werkstatt wurden noch für 20 Mill. M. dieser Fälschungen vorgefunden. In der Angelegenheit wurden bereits zwölf Personen aus Berlin, Frankfurt, Wiesbaden, Mainz und Jßbad verhaftet.

### Die Neuwahlen in Südafrika.

London, 9. Februar. Nach den letzten aus Kapstadt eingetroffenen Berichten über die Neuwahlen in Südafrika haben bisher die afrikanische Partei 14, die Arbeiterpartei 2 und die Nationalisten 3 Sitze gewonnen. Daraus geht hervor, daß General Smuts sich bisher 40 Sitze gesichert hat, was ein gutes Ergebnis für ihn bedeutet.

### Matrosenmeutering in Kronstadt.

Helsingfors, 9. Februar. Ende Januar meuterte ein großer Teil der Matrosen in Kronstadt. Nach russischen Blättermeldungen wurde der ganze Hafen von den Meuturern besetzt und der Oberkommandant der Flotte verhaftet. Zur Unterdrückung des Aufstandes wurden Truppen aus Moskau abgeschickt, die in schwere Kämpfe mit den Meuturern verwickelt wurden. Da die meuternden Matrosen auch nach Petersburg kamen, wurde der Belagerungszustand über die Stadt verhängt.

## Sachliche Aufklärung.

Unter dieser Überschrift schreibt die „Deutsche Allgemeine Zeitung“: Wegen die deutsche Regierung wird von einem Teile der Presse der Vorwurf erhoben, daß sie in der Frage der Entschädigungen wieder einmal nicht folgerichtig gewesen sei, indem sie nicht darauf bestanden habe, daß in London nur auf der Grundlage der deutschen Gegenanschläge, nicht aber der Pariser Entschlüsse verhandelt werde.

Diese Angriffe sind unberechtigt. Denn nach wie vor hält die deutsche Regierung daran fest, daß das, was in Paris vereinbart worden ist, nicht die Basis einer ernsthaften Erdeterung des Wiederherstellungsproblems bilden kann. Aber schließlich kann sie, die ihre Auffassung einer möglichen Lösung eben in London dem Verbandsdarlegen wird, dort auch ruhig auseinandersetzen, warum die in Paris ausgearbeiteten Gedanken Deutschland völlig unannehmbar erscheinen. Das bedeutet noch kein Abgehen von dem Reiz, das die Regierung in völliger Übereinstimmung mit dem Reichstag und der öffentlichen Meinung dem Pariser Verlangen entgegengesetzt hat.

Koch immer bestehen im Lager der Entente Zweifel an dem guten Willen Deutschlands. Gerade um diese Bedenken, denen auch Lloyd George Ausdruck gegeben hat, zu zerstreuen, so unberechtigt und grundlos sie angesichts der Bemühungen Deutschlands auch sind, seinen Verpflichtungen nachzukommen, ist es ratsam, jeden Versuch zu machen, den ehemaligen Gegnern Einblick in unsere wirkliche Lage zu gewähren. Solange allerdings die Franzosen in der ganzen Angelegenheit das treibende Element bilden, in ihrer Verblendung so weit gehen, völlig Unmögliches zu verlangen, sind alle deutschen Anstrengungen fruchtlos. Aber obgleich bei der Haltung der gesamten Entente die Aussichten auf ein Einlenken nicht groß sind, muß deutscherseits alles versucht werden, um in sachlicher und ruhiger Weise aufzuklären.

Den Franzosen kommt es darauf an, wirkliche Zahlungen zu erhalten und einen Weg zu finden, wie die deutsche Schuld mobilisiert werden kann. Das ist natürlich nur zu erreichen, wenn die Forderungen sich in einem Rahmen bewegen, der mit der Leistungsfähigkeit Deutschlands im Einklang steht. Das müssen Persönlichkeiten, die mit den finanziellen und wirtschaftlichen Verhältnissen vertraut sind, in Frankreich ebenso gut wie in Deutschland wissen. Das deutsche Volk will andererseits nach den Erfahrungen von Versailles und Spa nicht wieder Verpflichtungen auf sich nehmen, von denen es überzeugt ist, daß es denselben niemals nachkommen kann. Eine mit der wirtschaftlichen Kraft Deutschlands im Einklang stehende d. h. in der Praxis tatsächlich auszuföhrhende Entschädigungssumme auf deutscher Seite, tatsächliche Zahlungen und in einen internationalen Kredit zu verwandelnde, für den Wiederaufbau des Landes verwertbare Forderung auf französischer Seite; zwischen diesen beiden Gesichtspunkten muß in London der Ausgleich gefunden werden.

Frankreichs Verbündete, die ja reichlich Gelegenheit besitzen, sich ein Bild von den zerrütteten Verhältnissen Deutschlands zu machen, haben es in der Hand, es Frankreich klarzumachen, daß es seinem eigenen Interesse am besten dient, wenn es keine Ansprüche auf ein vernünftiges Maß hinabschraubt, d. h. nicht Phantastereien und Illusionen nachjagt, sondern sich auf den Boden der Wirklichkeit stellt. Allerdings müssen die leitenden Staatsmänner in London und Rom dann anders denken, als aus den Lippen Lloyd Georges und des Grafen Sforza hervorgeht.

### Die deutschen Kabel.

London, 9. Februar. Die „Morning Post“ aus Washington meldet, hat Vorschlag David im Namen des Auswärtigen Amtes die Botschafter Englands, Frankreichs, Italiens und Japans eingeladen, diese Woche die Verhandlungen über die deutschen Kabel wieder aufzunehmen und zu versuchen, zu einer vorläufigen Einigung zu gelangen. Amerika hat zu verstehen gegeben, daß das amerikanische Gebe des deutschen Kabels, das sich heute in französischen Händen befindet, durchschnitten werden wird, wenn keine Einigung erzielt werden wird.